

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr 15644.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhöhergasse Nr. 4, oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Die Eröffnung des Landtags.

Die Thronrede, die wir schon gestern, am Tage der Eröffnung des Landtags, unsern Lesern im Wortlauten mitzuteilen in der Lage waren, ist geeignet, einige Überraschung hervorzurufen, nicht wegen ihres positiven Inhalts, als vielmehr darüber, was sie nicht enthält.

Früher zwar war man allgemein der Ansicht, daß bei dem überwiegenden Schwergewicht, welches diesmal im Reichstage liegt, auf die bevorstehende Landtagssession keinerlei hochgehende Erwartungen zu setzen seien; in den letzten Tagen änderte sich jedoch der Wind und die politischen Sterndeuter in Berlin orakelten mit Hochdruck über die wichtigen Dinge, welche in Vorbereitung seien und von denen die Thronrede den Schleier abziehen werde. Die Gewissheit, daß der Kaiser als König in Person dem Eröffnungssacie beitun werde, erhobte dann die geschäftige Phantasie der Berliner Correspondenten immer mehr und was sie bisher nur als wahrscheinlich, als möglich bezeichneten, stellten sie nun als absolute Gewissheit hin. Jetzt galt es schon als ganz natürlich, daß die Thronrede über das Brantweinmonopol und die Verwendung von dessen Erträgen die weitgebendsten Aufschlüsse geben werde; diese Vermuthung war noch einigermaßen begreiflich, da die Regierung bei Gründung des Reichstags über das damals noch in tiefem Dunkel schwelende Monopolprojekt schwieg und es scheinen konnte, als ob sie diese Angelegenheit zur offenen Aussprache auch an die Adresse des Reichstags benutzen werde — statt dessen ist das Monopol nur ganz flüchtig gestreift. "Natürlich" nannte man es ferner, daß die Thronrede im Hinblick auf die äußerlich seit dem Carolinenschiedsgericht so erfreulichen Beziehungen zwischen der Regierung und dem Vatican, zwischen Papst und Kanzler, mit Rücksicht auf die angeblich im Abschlusstadium begriffene Posener Erzbischofsfrage und auf das für das Monopol zu gewinnende Centrum resp. die Polen die kirchenpolitische Lage aufzulärfen erwähnt und womöglich gar schon jetzt eine fertige päpstliche Muntatur in Berlin präsentieren werde — von alledem findet sich kein einziges leises Wort.

Die Thronrede zerfällt, wie wir gesehen, in zwei Theile, deren erster vom Kaiser persönlich verlesen wurde, während der zweite vom Fürsten Bismarck als Ministerpräsidenten zur Kenntnis der Verammlungen gebracht wurde. In warmen Worten dankt der Kaiser noch einmal für die Kundgebungen der Liebe und Unabhängigkeit, die ihm in so großartigem Umfange zu seinem Regierungsjubiläum dargebracht wurden. Ein bewundernd und bedeutungsvoller Nachdruck ist dabei auf die von außerhalb Deutschlands gezollte Theilnahme gelegt, und wenn dabei die freundlichen Beziehungen, in welchen das Reich zu allen auswärtigen Regierungen steht, und das volle Vertrauen unseres Herrschers auf die gesicherte Fortdauer des Friedens betont wird, so können wir freudig hier die Garantie begründen, daß die deutsche Friedenspolitik tatsächlich erfolgreich wie bisher nach allen Richtungen hin geblieben ist, daß die ähnlichen Verheißenungen der kaiserlichen Thronrede bei Gründung des Reichstags sich voll und ganz erfüllt haben und wir getrost und voll Zuversicht in die Zukunft schauen können, so trüb auch zur Zeit noch manche Stelle des politischen Horizonts von Europa aus sieht.

Das Bild, welches den zweiten, die innere Politik behandelnden Theil der Thronrede enthält, ist von weniger erfreulicher Natur. Es wird, so sehr es auch vermieden ist, auf Einzelheiten einzugehen, doch zwischen den Zeilen zu geben, daß die Finanzlage nicht befriedigt. Es wird nicht mehr in Abrede gestellt, was die Offiziere befamlich stets gehabt haben, daß die Einnahmen der Staatsseisenbahnen hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben sind. Das heueneiche Verwendungsgebot fängt an, seine hemmenden Wirkungen auszuüben. Die Mehrzuschüsse vom Reiche, welche der Staatskasse zustehen, verschwinden spurlos. Und da umgekehrt der preußische Matricularbeitrag für das Reich abermals sich steigert, helfen weder die größeren Überflüsse bei den

meisten Betriebsverwaltungen des Staates, noch die durch die Converting verminderde Zinszahlung, noch alle Sparsamkeit und Beschränkung — das Facit ist eben wieder ein Deficit. „Abermals muß der Staatskredit zur Deckung des Fehlenden in Anspruch genommen werden.“ Wie hoch wird es sein? Das wird wesentlich mit davon abhängen, ob die sorgfältig angestellten Voranschläge über die Einnahmen der großen Staatsbetriebe sich auch als zutreffend erweisen, ob sie wirklich größere Überflüsse bringen, oder nicht vielmehr von der allgemeinen Stockung des Gewerbeslebens zum Theil auch ernstlich berührt werden.

Von der Steuerreform wird nur angedeutet, daß es bei den „Ansängen einer Erelieferung des Drudes der Communal- und Schullasten“ nicht bleiben soll. Von Kapitalrenten- und andern Steuerprojekten, deren Wiederkehr mehrfach angekündigt wurde, gleichfalls kein Wort. Man wartet eben auf das Monopol, dieses soll zur „Befriedigung der dringenden Bedürfnisse in Staat und Reich“ dienen. Wahrscheinlich wird man, wenn es im Reichstage scheitert, dann denen, die es zu Falle brachten, alle Schuld daran zuschieben, wenn jetzt Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, die fast allgemein als dringend anerkannt werden. So wird mit einer rücksichtslosen Wendung „es soll mit dem Aufschub der Verbesserung der Beamtenthebung nicht sein Bewenden haben“ um die erwartete Auflösung darüber herumgegangen, ob nicht endlich die verschiedenen einer Aufbesserung so dringend bedürftigen unteren Beamtenklassen bedacht werden sollen. Keine leise Andeutung ferner darüber, ob denn nicht einmal das Schuldotationsgesetz, das nun schon seit Jahren fertig im Pulte des Cultusministeriums liegt und von diesem schon einmal dem Abgeordnetenhaus gezeigt wurde, ans Tageslicht treten soll.

Sehr beachtenswert ist der Passus, welcher von dem Darunterliegen der industriellen Thätigkeit und der Warnung vor Nebenproduktion handelt. Dämmt der preußischen Regierung in Preußen endlich die Erkenntnis über die Consequenzen der Politik, welche die Reichsregierung verfolgt, indem es diese Nebenproduktion und mit ihr die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen desselben durch die Schutzpölle u. c. großzieht?

Es wird jodann der weitere Bau von Secundärbahnen, die Wiederholung des Canals von Dortmund nach den Emshäfen und anderen auf die Binnenschiffahrt bezüglichen Maßregeln angekündigt, auf dem Gebiete der Verwaltungsreform die Kreis- und Provinzial-Ordnung für Westfalen. Die Canalvorlage wurde bekanntlich schon im Jahre 1881 eingebrocht. Damals wurde sie vom Abgeordnetenhaus angenommen, vom Herrenhause jedoch verworfen. Die Kosten waren dabei auf 46 Millionen veranschlagt, eine Summe, die diesmal jedenfalls übertroffen werden wird, da es sich um ein „erweitertes“ Project handelt. Hier haben sich die Voraussagen so ziemlich als zutreffend erwiesen.

Der Schlusspassus der Thronrede bringt die überraschende Mittheilung, daß Vorlagen bezüglich der Polenausweisungen in Vorbereitung sind. Über ihren Inhalt wird zwar nichts gesagt; indessen ist es immerhin mit Genugthuung aufzunehmen, daß die Regierung aus ihrer bis jetzt hier beobachteten Reserve herausstreten, endlich einmal Klarheit schaffen will und das jegliche System regelsober und willkürlicher Acte verlassen zu wollen scheint.

Es wird sich, vorausgesetzt, daß die beabsichtigten gesetzlichen Maßregeln geeignet sind, ohne unnötige Härten und ohne Schädigung materieller Interessen der eigenen Reichsangehörigen berechneten nationalen Zwecken zu dienen, dann auch wiederum zeigen, wie ungerecht die Anklagen und Verdächtigungen gewesen sind, die man gegen die entschiedenen Liberalen wegen ihrer Haltung in dieser Frage im Reichstage geschleudert hat.

Die Schiffseisenbahn bei Tehuantepec und der Nicaragua-Canal.

Präsident Cleveland's Bericht bezüglich des isthmischen Transits scheint das Project des Nic-

aguacanals einmal wieder in den Hintergrund zu drängen und dem Project einer Schiffseisenbahn des Majors Gad bei Tehuantepec wieder Aussicht zu machen. Der Präsident zieht den vorgeschlagenen Vertrag über den Nicaragua-Canal von der Beratung vor dem Senate zurück. Dies würde an und für sich dem Projecte die Basis nehmen, wenn nicht der Ingenieur Menocal, welcher die Ausarbeitung des Projects gemacht hatte, mit einem neuen Plane und Berichte über die Schiffahrtstraße, auf Grund ganz neuer Aufnahmen und Berechnungen, hervorgetreten wäre.

Der Präsident bezweifelt nun weder die Ausführbarkeit dieses neuen Planes, noch hat er gegen eine Anleihe von der Regierung etwas einzutwenden. Der einzige Grund für die Verweigerung seiner Unterschrift zu dem Unternehmen, welches sein Vorgänger mit Nicaragua arrangiert hatte, ist der, daß der Vertrag politische Verantwortlichkeiten enthält, welche zu übernehmen die Regierung der Vereinigten Staaten kein Recht hat. „Ich unterstütze keine Politik“, sagte er, „welche sich mit der Erwerbung eines neuen und entfernten Territoriums befaßt, oder mit der Verschmelzung fernliegender Interessen mit unseren eigenen. Daher bin ich nicht im Stande, Propositionen zu empfehlen, welche höhere Privilegien des Eigentums oder Rechts außerhalb unseres Territoriums enthalten, wenn wir verpflichtet sind, die territoriale Integrität des Staates, wo diese Interessen liegen, zu verteidigen. Während das allgemeine Project einer Verbindung der beiden Oceans durch Canale zu beginnen ist, bin ich der Meinung, daß ein diesbezügliches Project frei von obigen Umständen sein muß.“

Dies ist allerdings nicht eine absolute Verbindung des Nicaraguakanalprojektes an und für sich; aber es ist nicht leicht, einen Ausweg für die Ausführung des Planes zu finden, ohne nicht einige jener Arrangements zu treffen, gegen welche sich Cleveland so sehr sträubt. Das Nicaragua den Canal selbst bauen soll liegt ganz außer Frage; daß das amerikanische Privatkapital freiwillig, ohne jegliche staatliche Garantie, hergegeben werden soll, scheint ebenfalls unmöglich. Wenn das Kapital schließlich auch zur Verfügung stände, so zeigen doch die Vorgänge, daß Nicaragua nicht geneigt sein würde, die nötigen Correcionen zu bewilligen, ohne von Washington nach die Garantie für die Neutralität des Canals zu aben. Präsident Cleveland sucht darin einen Ausweg, daß er sagt, es müsse eine allgemeine, universelle Garantie da sein. Einen besonderen Vorwand macht er nicht; aber er spricht von einer ihmischen Transitlinie, die dem allgemeinen Wohle und der Benutzung der ganzen Menschheit geweiht sei und daher nicht der Gegenstand von Feindseligkeiten sein dürfe. Ein wirklicher Nutzen des Nicaraguakanals würde schließlich auch nur in der vollkommenen Neutralität desselben liegen, zu welcher sich alle Nationen verstehen müssten.

Der Panamakanal wird in Cleveland's Bericht mit keinem Worte erwähnt, obwohl der Nicaraguakanal und die Schiffseisenbahn bei Tehuantepec als Concurrentprojekte auftreten. Immerhin liegt in dem Umstand, daß Amerika jede Verantwortlichkeit für den Isthmus verweigert, eine erste Warnung. Von der Tehuanteceisenbahn fast Cleveland, daß dies Project von Ingenieuren ersten Ranges für ausführbar und zweckmäßig erklärt sei und eine gute und praktische Transitzbildung zwischen dem Atlantic und pacifischen Ocean geben würde. Die offensären Vorzüge einer solchen Route vor anderen, die von den axialen Handelslinien zwischen Europa und dem Pacific und besonders zwischen dem Mississippihale und der westlichen Küste Nord- und Südamerikas entfernt liegen, verdienen aller Beachtung.

Es ist anzunehmen, daß Präsident Cleveland hienach das Gad'sche Project einer Schiffseisenbahn beginnstigt.

Deutschland.

△ Berlin, 14. Jan. Der (gestern mitgetheilte) Besluß des Landwirtschaftsraths bezüglich der Doppelwährung hat in den agrarischen

dieses Vergnügen eine ebenso große Freude ist, als für den Adel; sie sind es nämlich, welche den Bäuer aufzagen und ihn in den Kreis der lodernden Faceln treiben, wo die gefährliche Ehre, ihn zu töten, als dann dem Adel zufällt; allein die Bauern werden für ihre Dienste gewöhnlich so reichlich mit Takaf und Brantwein bezahlt, daß sie ihre Schuhleihen aufs inbrüstigste um recht viele Bärenjagden anstreben.

Zu der bevorstehenden hatte der Graf mehrere Offiziere aufgefordert, die in der nächsten Kreisstadt in Garnison standen und freundliche Verkehr mit ihm unterhielten. In ganz Baylos wehte ein Hauch geschäftigen Frohsinns, wie ihn die Erwartung zahlreicher Gäste hervorzu bringen pflegt,

und als am vierten Tage die acht eingeladenen Offiziere erschienen, strahlte das Haus im Glanz der Kerzen und Lampen; mächtige Kloven verbreiteten überall eine behagliche Wärme und Graf Alexis war der angenehmste Wirth, der es jedem heimisch zu machen wußte. Auf unerwartete Weise wurde unter Kreis plötzlich vergrößert; während

wir in Erwartung des Diners im Salon versammelt waren, öffnete sich die Thür und Peter meldete mit lauter Stimme: „Oberst Orloff“. Auf

der Thürschwelle erschien ein stattlicher, militärisch ansehender Mann, dessen Gesicht und ganze Erscheinung einen angenehmen Eindruck machte, welcher nur durch die Verlegenheit seiner Haltung in etwas beeinträchtigt wurde. Graf Lubomirsky erhob sich und führte ihn in unsere Mitte, indem er ihn mit seiner gewöhnlichen Liebenswürdigkeit willkommen wünschte, worauf der Oberst wie ein junges Mädchen erröthete und ihm, noch immer schweigend, einen Brief überreichte.

„Ah“, sagte der Graf, die Zeilen überliegend, „mein Freund Potocky empfiehlt Sie mir aufs

Kreisen sehr verständig, zumal innerhalb derselben, mit welcher Berechtigung bleibe dahingestellt, die Angabe verbreitet ist, man habe auch an entscheidender Stelle gerade vom Landwirtschaftsrath eine andere Entscheidung erwartet. Unter den Befürwortern des Reichstages ist man noch nicht einig darüber, ob unter den jetzigen Verhältnissen eine Wiederholung des Antrages gerathen erscheine, indessen scheint die Mehrzahl der in Betracht kommenden Abgeordneten dafür zu sein. Greifbare Ergebnisse sind von etwaigen erneuten Debatten im Reichstage über die Währungsfrage nicht zu erwarten.

* Berlin, 14. Januar. Für die Enthüllung des Reiterstandbildes König Friedrich Wilhelm's IV. ist der Monat Mai in Aussicht genommen, so daß die Feier mit der Gründung der Jubiläums-Ausstellung zusammenfallen dürfte. Die Reiterstatue, von Professor Calandrelli modellirt, steht bekanntlich seit langer Zeit vollständig in Bronze fertig unter Dach und Fach auf dem Hof der Gladenbeck'schen Hof-Kunstgießerei; ebenso sind mehrere Gessfiguren des Postaments vollendet, und der Guss der andern beiden dürfte rechtzeitig vollendet sein. Als Aufstellungsort bleibt die Freitreppe vor der Nationalgalerie, deren Tragfähigkeit für das Monument außer allem Zweifel stehen soll.

* Berlin, 14. Januar. Der aus Berlin ausgewiesene Däne ist der dänische Schriftsteller Hermann Tidemand, früher langjähriger Redakteur der „National Tidende“ in Kopenhagen, Novellist und Feuilletonist. Die Ursache der Ausweisung wurde weder ihm noch dem dänischen Gesandten mitgetheilt. Seit Anfang Dezember ist Bang in Berlin Correspondent für dänische Blätter. Die Ausweisung ordre lautete auf „sofort“; er erhielt jedoch auf seine Vorstellungen 48 Stunden Aufschub.

Berlin, 14. Januar. Zu der Nachricht, daß in Berlin eine orientalische Akademie zur Ausbildung junger Leute für den diplomatischen Dienst gegründet werden soll, bemerkt ein bewährter Kenner des Morgenlandes in der Straßburger Post: Die Gründung einer solchen Anstalt erscheint im höchsten Grade wünschenswert, um den jungen Anwärtern für den Dolmetscherdienst, auch denjenigen Grab praktischer Ausbildung zu geben, welcher sie in den Stand setzt, ihre Sprachkenntnisse im Interesse der im Orient lebenden deutschen Reichsangehörigen wirklich vortheilhaft und nutzbringend anzuwenden. Bisher waren diese jungen Leute, wenn sie nach zurückgelegtem Universitätsstudium als Dragomanateleven an irgend ein Consulat versetzt wurden, meistens in der siblen Lage, daß sie zwar das Türkische bzw. Arabische und Persische wissenschaftlich beherrschten, des praktischen Gebrauchs der Sprache dagegen so gut wie völlig unkundig waren. So kam es denn vor, daß ein deutscher Dragomanateleve, der auf irgend einem Polizeibureau oder einem Gerichte die Interessen der deutschen Reichsangehörigen vertreten sollte, kaum so weit türkisch oder arabisch sprechen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen soweit mächtig war, um mit dem deutschen Dragomanateleve zu verhandeln, was auch nicht durchaus geschehen konnte, um den betreffenden türkischen oder ägyptischen Beamten klar zu machen, was er eigentlich wollte. Von einem wirsamen Eingreifen zum Wohle der deutschen Schutzbefohlenen konnte dabei natürlich gar nicht die Rede sein. Man mußte sich damit begnügen, wenn die Sache noch dadurch einigermaßen zufriedenstellend erlebt wurde, daß unter den betreffenden orientalischen Beamten sich der eine oder der andere befand, der des Französischen sowe

neue Einrichtung mit der Universität in Verbindung gebracht werde. In dieser Verbindung wird es sich wohl um ein Seminar handeln, wie dies bereits für so viele Zweige besteht.

* [Die Jubiläums-Adressen] sind aus dem Palais des Kaisers nach dem Schlosse gebracht worden, wo sie denklich zur öffentlichen Ausstellung gelangen werden. Das Eintrittsgeld soll einer wohltätigen Stiftung zu Gute kommen.

[Die Deutsche Gesandtschaft beim Vatikan.] Auch die Mailändische „Lombardia“ versichert in Übereinstimmung mit anderen italienischen Blättern, daß Deutschland binnen kurzem einen eigenen Gesandten bei der römischen Curie zu beglaubigen beabsichtige. Herr v. Schröder repräsentirt bekanntlich dort nur Preußen.

* [Die Erbgroßherzogin von Baden] hat bekanntlich der Feier des Königsjubiläums in Berlin wegen katarhalischer Affection nicht beiwohnt. Einzelne Blätter hatten diese Angabe für eine conventionelle Auseinde erklärt. Und in Nassau besonders hatte der Vorgang Aufsehen gemacht: man meinte, der noch immer auf Preußen grosslende Vater der Prinzessin, der Herzog von Nassau, habe die Beteiligung seiner Tochter an den Berliner Hoffestlichkeiten nicht gewollt. Darauf erklärt nun Dr. Pingler in Königstein im „Nass. B.“: „Am 2. cr. Vormittags 11 Uhr, wurde ich zu Seiner Hoheit dem Herzog befohlen, in höchstes Gefüllt sich Ihre Hoheit die Frau Herzogin, außerdem Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog von Baden nebst Gemahlin befanden. Seine Hoheit legten mir die Frage vor: „Kann meine Tochter heute mit ihrem Gemahl ohne Gefährdung ihrer Gesundheit nach Berlin reisen?“ und fügten ausdrücklich hinzu: „Halten Sie sich genau an den Ausspruch Ihres Gewissens.“ Nach genauer Würdigung aller in Frage kommenden somatischen Verhältnisse hielt ich es für meine Pflicht, von der Reise abzurathen. Von einer conventionellen Aussrede kann also gar keine Rede sein. Königstein, den 10. Januar 1886. Dr. Pingler, Med.-Rath.“ Damit wird jenen für den badischen wie nassauischen Hof gleich unangenehmen Gerüchten wohl der Boden entzogen sein.

* [Die Verleihung des Christusordens] an den Reichskanzler hatte, wie dem „Westfäl. Merkur“ mitgetheilt wird, insofern eine Vorfeschichte, als ursprünglich für den Reichskanzler der „Piusorden“ bestimmt gewesen sei. Papst Leo habe aber davon Abstand genommen, weil der Name des ursprünglich in Aussicht genommenen Ordens in selbstam Contrafe mit der Haltung des Fürsten Bismarck unter der Regierung des verstorbenen Papstes gestanden hätte. Herr v. Schröder habe dann bei der Aenderung statt des ihm zugedachten Gregoriussordens den „Piusorden“ erhalten.

* Der Erste Staatsanwalt Galli in Göttingen ist aus Auslach des Todes des Ober-Staatsanwalts Freiherrn von Seckendorff als Hilfsarbeiter zur Staatsanwaltschaft bei dem Reichsgericht einberufen worden.

* [Die befürchtete Ausweisung preußischer Unterthanen] aus Russland, worüber, wie bereits mitgetheilt, der „Dziennik Pozn.“ berichtet hat, ruft auch in der polnischen Presse lebhafte Erörterungen hervor, da sich in Russisch-Polen auch viele preußische Unterthanen polnischer Nationalität befinden, die dort ihren guten Verdienst haben, und nun diesen in Folge ihrer Ausweisung gleichfalls verlieren würden. Nur der „Goniec Wieli.“ meint: es sei gut, wenn die Polen zu ihrem alten Provinzialherde zurückkehren, um mit einander zu leben, sich zu freuen, zu leiden und zu sterben.

* [Die 60 Berliner Armenärzte] beziehen nur ein sehr minimales Gehalt, die eine Hälfte 900 M., die andere mit Ausnahme von zwei 1080 M. Mehrzahl ist schon die Frage erörtert worden, ob die Einkommen-Verhältnisse der städtischen Armenärzte nicht zu verbessern sind. Die Armdirection hat nun beschlossen, den städtischen Behörden den Vorschlag zu machen, daß für die Armenärzte zwei Gehaltsklassen eingerichtet werden sollen, die erste zu 1200 M., die zweite zu 1500 M. jährlich.

Frauenburg a. M., 12. Januar. Die sogenannte Friedhof-Affäre soll sehr bald vor der Strafkammer zur Verhandlung kommen. Außer dem Polizei-Commissionär Meier sind mehrere Schutzleute und Schneidermeister Leyendecker in Mainz in Anklagestand versetzt. Viele Zeugen sollen vorgeladen sein.

München, 12. Januar. Gestern haben, den „N. R.“ zufolge, die sämmlichen Staatsminister, jedenfalls in Sachen der königlichen Cabinettskasse, Audienzen bei den Prinzen Luitpold, Ludwig und Leopold gehabt.

Oesterreich-Ungarn.

Bien, 13. Januar. Graf Beust ist einer Meldung des „B. C.“ zufolge, bedenklich erkrankt.

Schweiz.

Bern, 10. Januar. Der in Freiburg geplante Simplon-Durchstich soll nach vorläufiger Schätzung 89 070 000 Frs. kosten, wovon auf den siebenjährigen Bau 65 000 000 Frs. fallen würden. Die Einnahmen sind auf 89 321 085 Frs. angenommen, nämlich auf 4 500 000 Frs. Bundeszuschuß, 4 000 000 Frs. Zuschuß der Suisse Occidentale, 67 000 000 Frs. 3 prozentige Anleihe bei den am Unternehmen Beteiligten und 13 821 085 Frs. Zinsersparnisse der siebenjährigen Bauzeit. Demnach würde ein Guthaben von 251 085 Frs. verbleiben.

ihn um eine kurze Unterredung unter vier Augen. Als sie nach einer halben Stunde etwa zurückkehrten, bemerkte ich eine Veränderung in des Obersten Erscheinung: seine Augen glänzten vor Freude und sein leicht geröthetes Gesicht trug den glücklichen Ausdruck froher Erwartung; die Verlegenheit seiner Haltung war einer ruhigen Sicherheit gewichen. Auch über Alexis war eine Veränderung gekommen, allerdings eine so seine, daß kein Auge außer dem meinen sie wahrnahm; er befreitigte sich am Kartenspiel mit seiner gewöhnlichen lächelnden Selbstbeherrschung, aber seine Augen blieben mitunter wie die eines Nachtwandlers.

Der Abend verging schnell; um Mitternacht erschien ein Bauer mit der Meldung, daß zwei Bären im Walde aufgejagte seien, eine Nachricht, die allgemeine Sensation hervorrief. Als wir uns Morgens um 3 Uhr von den Kartentischen erhoben, folgte Alexis mir in mein Zimmer, wo er sich wortlos in einen Schaukelstuhl in der Nähe des Kamins warf. Erwartungsvoll saß ich mich ihm gegenüber.

„Nun wohl!“ unterbrach er, endlich sich aufzuraffen, das peinliche Schweigen. „Ich habe mit dem Schießsal gespielt und werde nun von seiner Fläche errettet!“

„Wollen Sie Ach! Was für ein Anliegen hat den Obersten wohl zu mir geführt? Nichts Geringeres, als daß er beabsichtigt, Etelka um ihre Hand zu bitten.“

Schweigend starzte ich ihn an; er erging sich nicht in unwürdlichen Klagen, sondern fuhr ruhig fort: „Er kennt sie von Madame Westberg her, wo sie wie eine geliebte Tochter des Hauses behandelt wurde, und sah eine Neigung zu ihr; im Begriff,

Die Tilgung der Schuld soll binnen 60 Jahren erfolgen.

Frankreich.

* [Boulanger und die Radikalen.] Freyheit hat einen großen Mißgriff gethan, daß er nicht Rochefort zum Finanzminister gemacht hat, denn dieser entdeckt jetzt Finanzquellen, wo das Auge des Uneingeweihten nur ödes Heideland erblickt. Wenn der Leiter des Intrangesant nämlich Recht hat, so stehlen die Herren von der Intendantur der Armee und Marine, die Bureauräte, „die bei uns mindestens ebenso mächtig sind, wie die Jesuiten“, und die Lieferanten wie die Raben, nämlich 80 Millionen im Jahr. „Man weiß, daß man bei diesem von Hand zu Hand und von Bißtag zu Bißtag in der Armee nicht ein Paar Schuhe bekleiden kann, ohne daß sich ein Budget sofort mit einigen Millionen belastet findet.“ Hier nach zu urtheilen hat man in Frankreich von 1870 und den Abenteuern der Bourbaki'schen Armee nichts gelernt und manches vergessen. Rochefort freut sich natürlich darüber, daß Kriegs- und Marineminister bereits begonnen haben, „diese berühmten Bureaux zu reinigen, welche bis heutigen Tags für schwieriger zu reinigen galten, als die Ställe des Augias.“

„Avenir Militaire“ dagegen sieht, was der von den radikal Preise gefeierten General Boulanger betrifft, sorgenvoll in die Zukunft. Das Blatt will zwar gern glauben, daß dieser ohne sein Guthe von der Partei Clemenceau auf die Schultern gehoben worden sei, verhebt sich aber nicht, daß dieselbe zum Lohn dafür auch die Durchführung ihrer Pläne erwarte. „Man wird von ihnen verlangen, daß er das in ihnen gesetzte Vertrauen rechtfertige, daß er . . . die Armee reinigt. Deshalb hat die Ernennung des neuen Ministers überall einen tiefen Eindruck gemacht und man erwartet angstvoll seine ersten Handlungen. Vielleicht mit den „Débats“, daß wir nicht der verhafteten und unbedeutlichen aller Reinigungen entgegen gehen.“ Mit halben Maßregeln können Boulanger nicht durchkommen; gerade weil die Radikalen auf ihn rechneten, müsse er sie in empfindlicher Weise enttäuschen. „Wer er sich der Täuschung hingiebt, daß er sich mit den anarchistischen Forderungen dadurch abfinden kann, daß er ihnen nur einige, nur die den Freunden de Commune zu verdächtigen Führer zum Opfer bringt, so wird er sich sehr irren. Am dem Tage, da ein einziger politische Ablesung einen Offizier trifft, wird der Minister die Autorität fehlen, wie den Demogogen die Mächtigung, keine neuen Forderungen zu stellen. Möge der Minister sich wohl besinnen vor seinen ersten Maßnahmen, die ihn vor den Augen Frankreichs zum Führer oder zum Feinde der Armee machen werden.“ Das ist wenigstens deutlich.

England.

A. C. London, 12. Jan. In dem System des Avancements zu den höheren Rangstufen in der britischen Armee sind der „Times“ zufolge einige wichtige Veränderungen in Aussicht genommen. So soll z. B. das Avancement vom Obersten zum Generalmajor nicht mehr wie gegenwärtig von einem Dienstalter, sondern lediglich von der besondren Befähigung und Tauglichkeit des betreffenden Offiziers für ein Commando im Felde abhängig gemacht werden. Es wird zu diesem Behufe eine aus Senior-Generälen bestehende Avancements-Kommission gebildet werden, welche besonders befähigte Obersten, deren Beförderung zu Generalmajoren empfehlenswerth ist, namhaft machen soll.

— Die im vorigen Jahre in Süd-London abgehaltene internationale Ausstellung von Erfindungen hat einen so großen Verlust zu Folge gehabt, daß zur Deckung des Deficits die Überschüsse früherer Ausstellungen fast gänzlich absorbiert wurden.

* Es verlautet, daß die Frage der Annexion von Birma als ein Amendment zur Adresse benutzt werden wird, weil das Parlament nicht zuvor befragt worden sei. Professor Hunter hat s übernommen, das Amendment zu beantragen.

Belgien.

Brüssel, 13. Jan. General Brialmont beantwortet lebhaft für Bataille das deutsche Festigungssystem, welches die Stimmen aller ausländischen Offiziere erhielt. Bei der Wahl des französischen Systems werde er die Leitung der Bataille-Befestigungen ablehnen.

Brüssel, 11. Januar. [Bischof und Domher vor Gericht.] Vor dem Strafgerichte Charleroi spielt sich nunmehr jener scandalöse Prozeß ab, welcher vor einigen Jahren durch die Absetzung des Bischofs Dumont von Tournai und die Entwendung von 5 Millionen Frs. aus der Diözesankasse eingeleitet wurde. Die Leser werden sich vielleicht zu erinnern wissen, daß vor einigen Jahren der damalige Bischof von Tournai, Mgr. Dumont, wegen Ungehorsams gegen die päpstlichen Befehle abgesetzt wurde. Bischof Dumont war in Vergebung seines Schicksals um die von ihm gefärmelte Diözesankasse besorgt und ließ dieselbe durch seinen Intimus, den Domherren Bernard, entfliehen. Der letztere nahm sie nach New York mit, wo er einen Theil der Summe, 1 700 000 Frs., beim Notar Goodhue deponierte. Wohin der Rest geraten war, ist heute noch nicht aufgeklärt. Das Domkapitel, welches gleichfalls Ansprüche auf die Diözesankasse erhob, beauftragte nun den

sich zu erklären, erhielt er Ordre, sich zu seinem Regiment zurückzugeben. Kurze Zeit darauf starb Madame Westberg und trotz eifriger Nachfragen konnte er nichts über Etelka erfahren, bis er vor wenigen Tagen entdeckte, daß sie hier lebt und sich in dem irrigen Glauben, ich sei der Gutsbesitzer ihrer Familie, an mich wandte. Die wärmste Neigung zu Etelka spricht aus ihm; er ist 40 Jahre alt, ohne Angehörige, auf die er Rücksicht nehmen müßte, hat die Erlaubnis zum Heirathen und begründete Aussicht auf Beförderung. Welches wibliche Herz könnte einer so uneigennützigen Bärlichkeit widerstehen? Wie Sie sehen, Professor, unterschlage ich die Gefährlichkeit meines Nebenbüchlers durchaus nicht.“

„Erwähnten Sie Ihre eigenen Absichten gegen ihn?“

„Nein. Er willigte ein, morgen an der Jagd Theil zu nehmen, und möglicher Weise ist morgen Abend bereits einer von uns beiden aus dem Wege geräumt; andernfalls bin ich fest entschlossen, Etelka zwischen uns wählen zu lassen.“

„Trösten Sie sich!“ beruhigte ich ihn. „Sie werden bereits von ihr gelebt.“

„Mögen Sie recht haben!“ seufzte er. „Doch ich wollte Ihnen noch mittheilen, daß wir morgen zusammen stehen werden. Sie haben eine solche Jagd bisher nicht mitgemacht, und ein so tapferer Mann und guter Schütze Sie sind, könnten Sie leicht in eine verhängnisvolle Lage gerathen, falls der Bär gerade Sie zum Helden des Tages er wählen sollte!“

Ich dankte ihm für seine Fürsorge, wünschte ihm gute Nacht und lag bald in tiefem Schlummer.

(Schluß folgt.)

Dombrowski Mgr. Dubois, seinen Amtsgenossen nach Amerika zu verfolgen und ihm womöglich die Millionen wieder abzunehmen. Dubois kam zwar nach New York, fand aber von Bernard keine Spur, da derselbe gerade auf einer „Vergnügungsreise“ durch Amerika begriffen war. Wie Dubois erfuhr, hatte Bernard jenseit des Oceans sein priesterliches Kleid abgelegt und sich zu einer Irlander gefellt. Dubois verkehrte in New York 10 000 Francs und kehrte sodann nach Hause zurück. Hier war indessen Bischof Dumont wirklich abgesetzt worden. Der neue Bischof Duroussaux wollte natürlich auch die Kasse haben und erstattete die strafgerichtliche Anzeige. Daraufhin entsendete die Staatsanwaltschaft den Polizei-commissär Bourgeois nach New York, welcher wenigstens den Notar Goodhue auskundschaftete. Derselbe lieferte die 1 700 000 Francs aus unter der Bedingung, daß dieselben im Namen Dumonts vom belgischen Staate veraltet werden. Bald darauf wurde Bernard auf Havana verhaftet. Der Prozeß, welchen ihm Bischof Duroussaux wegen Verbrechens der Veruntreuung mache, nahm jedoch einen kläglichen Ausgang. Die erste Frage, welche sich der Gerichtshof vorlegte, war die: Wen gehören die entzogenen Millionen? Die Diözesankasse ist nach belgischem Rechte keine juristische Person und kann daher nicht Subject eines Vermögens sein. Bischof Duroussaux konnte nicht Eigentümer der Kasse sein, weil dieselbe bereits in fremden Händen war, als er Bischof wurde. Der Gerichtshof nahm nun an, daß die Millionen denjenigen gehören, welcher sie gesammelt, also dem Ex-Bischof Dumont. Dieser aber erklärte, Bernard habe ihm nichts veruntreut, sondern die Kasse vielmehr nach seinem Wunsche in Sicherheit gebracht. In Folge dessen wurde Bernard am 22. März 1884 freigesprochen und Bischof Duroussaux in die Prozeßkosten — mehr als 100 000 Frs. — verurtheilt. Da der Bischof sich dadurch rächte, daß er den Domherren seiner geistlichen Würde entzog, flagte ihm dieser wegen Verlaubung an, und so steht nun Bischof Duroussaux vor Gericht. Die Geschichte bedeutet einen neuzeitlichen großen Scandal voll interessanter Enthüllungen über die Zustände der belgischen Domkapitel und der toten Hand. Es ist schon merkwürdig genug, daß Bischof Dumont in etwa zehn Jahren aus „milden Gaben“ 5 Millionen sammeln konnte. Noch auffallender ist es, daß die acht Domherren der Diözese Tournai, welche zusammen jährlich 32 000 Frs. beziehen, eine Art „Reverbefonds“ von 900 000 Frs. zusammenbringen konnten. So wenigstens sagte der Domherren Mgr. Leroy, also gewiß ein clausischer Zeuge, aus. Die unter den Gläubigen gesammelten Gelder wurden einfach zwischen Bischof und Kanonikern getheilt und der Rest für die Unterstützung ultramontaner Journalisten verwendet. In Belgien, wo bezüglich des Reichthums der toten Hand ohnehin sehr seltsame Gerüchte im Umlaufe sind, bedeutet dieser Scandalprozeß einen gewaltigen Schlag gegen das Ansehen des Clerus.

Brüssel, 11. Januar. Das Ministerium hat in der Schulfrage einen neuen folgenden Schritt gethan, der ebenso großes Aufsehen wie Erbitterung bei den Liberalen hervorruft. Ein königlicher Erlass im „Moniteur“ ermächtigt fortlaufend das Ministerium, in allen Gemeinden, deren Vertreter sich weigern, den Religionsunterricht in die Gemeindechulen einzuführen, auf Antrag von 25 Familienvätern, die sich weder zu legitimiren noch zu justificiren brauchen, clericalae Privatschulen zu acceptiren, sie als staatliche anzuerkennen und ihnen die staatlichen Zuflüsse zuzuwenden. Ein ministerielles Erlass soll die dienstigen clericalen Privatschulen dazu aufersezzen, die das Vertrauen jener Familienvätern dazu empfiehlt. Durch diesen Erlass erhält das öffentliche Elementarschulsystem Belgiens einen schweren Schlag und die Gemeinden sind jetzt gewungen, entweder sich den Forderungen der Clericalen zu fügen oder auf die Staatschule zu verzichten. In Antwerpen hat das Ministerium die Hälfte der dort bestehenden clericalen Schulen zu adoptiren beschlossen. Der Schulkampf wird jetzt mit neuer Erbitterung entbrennen.

Serbien.

Belgrad, 12. Jan. Alle aus dem Innern des Landes eingetretenden Deputationen unterbreiten gleichzeitig mit den Ergebnissen-Adressen auch die Bitte um Fortsetzung des Krieges. Die Regierung scheint das Drängen der Deputationen nach einer Kriegsaktion beflüglicht zu wollen. Die Anschaffung der Zubovic'schen Landtorpedos, die bis Mitte Februar fertiggestellt sein sollen, sowie die Einberufung des ersten Aufgebotes mit 12. Januar (a. St.) zu den Wassernübungen und die Verhandlungen über Aufnahme eines neuen Kriegsanlehns dürften als ein solches Versuchsmittel angesehen werden können.

* Serbische Kreise behaupten, die Abmachungen des Fürsten Alexander mit dem Sultan zwangen Serbien zu erneutem Kriege. Deshalb sei auch König Milan wieder nach Niš abgereist.

Aus Belgrad wird ferner nach Wien gemeldet: In fünf bis sechs Tagen soll der Privatverkehr auf der Niš-Bahn eingestellt werden und sollen die Kriegsmaterial-Transporte wieder beginnen. Die Stimmung ist sehr kriegerisch.

Bulgarien.

* [Eine Konferenz in Sicht.] Nach einer längeren Fortsetzung des Krieges soll die Bulgarisch-rumänischen Kreise beobachten, die Abmachungen des Fürsten Alexander mit dem Sultan zwangen Serbien zu erneutem Kriege. Deshalb sei auch König Milan wieder nach Niš abgereist. Aus Belgrad wird ferner nach Wien gemeldet: In fünf bis sechs Tagen soll der Privatverkehr auf der Niš-Bahn eingestellt werden und sollen die Kriegsmaterial-Transporte wieder beginnen. Die Stimmung ist sehr kriegerisch.

Petersburg, 11. Januar. Es verlautet, dem B. C. zufolge, in einem Dorfe in der Nähe von Luga, im Gouvernement St. Petersburg, habe kürzlich militärische Execution verhängt werden müssen, weil sich die Bauern völlig renitent gezeigt und ihnen nicht gehöriges Land annexirt wollten.

Birma.

* Aus Mandalay telegraphiert der Correspondent der „Times“ vom 8. ds.: „Die Annexion von Birma wurde hier am 4. ds. proklamirt. Die Proklamation wurde gut aufgenommen. Durch die Ankündigung einer bestimmten Politik ist bereits eine gute Wirkung erzeugt worden, besonders in Mandalay. Die in der Proklamation enthaltenen Worte, daß das Land während Ihrer Majestät Regierung von solchen Offizieren verwaltet werden wird, wie sie der Vicekönig von Zeit zu Zeit ernennen dürfte, werden hier so ausgelegt, als ob es noch immer eine Frage zur Erwägung ist, ob Ober-

Birma unter einen birmanischen Vasallenfürsten gestellt oder von britischen Beamten regiert werden wird. Diese Ansicht beeinträchtigt die gute Wirkung der Proklamation und lädt die Leute in Ungewißheit.“

Eine starke Colonne aller Waffengesellschaften ist gestern unter dem Befehl Oberst Baifers ausgerückt, um den Alompra-Prinzen in den Shan-Bergen anzugreifen, der Mr. Walter gefangen hält. Die Colonne ist von dem Commissär der Shan-Staaten, Mr. Pilcher, begleitet. Es ist wesentlich, die Insurrection während der trockenen Jahreszeit niedezuzwerfen, da wir sonst Monate lang in der Regenzeit einen Dschungelkampf vor uns hätten, wenn das Marschieren fast unmöglich ist, und die Truppen sicherlich viel zu leiden hätten.

Eine Abtheilung der Madras-Cavallerie, die entsandt worden war, um die Gegend zwischen Mandalay und Myingian zu durchstreifen und die Telegraphenlinien zu schützen, hatte ein scharfes Zusammenstoss mit einer Streitkraft von Freibeutern, in dessen Verlauf Captain Clements durch einen Schuß ernstlich verwundet wurde. Morgen wird eine andere Colonne von Mandalay austreten, um eine Streitkraft von Infusoren anzugreifen, welche Tsagain, im Südwesten von Mandalay, bedroht.

Australien.

Melbourne, 11. Januar. Der Extrakt der Goldfelder in der Colonie belief sich im vorigen Jahr auf 784 000 Unzen, d. i. etwas mehr als in 1884.

und die anderen Minister waren anwesend. — Die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von dem Alters-Präsidenten von Bessing eröffnet mit dem Wunsch einer für das Vaterland segensreichen Session und einem Hoch auf den Kaiser. Die nächste Sitzung findet Sonnabend statt, wo die Wahl des Präsidiums vorgenommen wird. Das Herrenhaus wurde vom Herzog von Ratibor eröffnet.

Der Bundesrat überwies heute die Brantweinmonopolvorlage an die Ausschüsse für Boll., Steuer-, Handel-, Verkehr- und Justizwesen.

Die polnischen Abgeordneten erklären, nach der „Germania“, an die Annahme des Monopols nicht zu denken; doch sei noch nichts definitiv beschlossen, jede Spaltung sei jedoch ausgeschlossen.

Berlin, 14. Jan. Eine Berliner Correspondenz der „Kölner Zeit.“ weist darauf hin, daß die Genehmigung des Carolinenprotokolls durch die spanischen Cortes nicht notwendig sei. Dasselbe trete in Kraft nach 8 Tagen, wenn kein Einwand erhoben werde, habe mit ihm schon am 25. Dezember Gestalt erlangt. Wenn die Madrider republikanische Presse Canova's und Alfonso's Politik in der Carolinenfrage jetzt angreife, so sei das ein Zeichen dafür, daß man dort den Ausgang für Deutschland nicht für ungünstig halte.

Der „Reichsbote“ sagt betreffs der Meldung über die Errichtung einer katholischen Universität in Berlin: Das wäre ein Sieg des Papstthums nach mittelalterlichem Vorbilde. Der „friedliche“ Leo sammelt einen Stein nach dem anderen zum Neubau der verlorenen Herrlichkeit.

Der „Germania“ wird aus Rom gemeldet: Die Encyclica des Papstes an die deutschen Bischöfe ist anzusehen als Antwort auf das Hirten schreiben der Fuldaer Bischofskonferenz; sie ist in der Form genehmigt und bestätigt die Notwendigkeit der Lösung der Frage der Clerikerzierung und behandelt die katholische Mission in den deutschen Colonien.

Die „Börs. Zeit.“ schreibt zur Samoaaffäre: Die gerechte Stimme, welche schon lange bestand, habe zum Bruch geführt, als die deutschen Beamten den Gegenkönig Tomases gegen den König Malietoa unterstützen; die Landung deutscher Truppen sei erforderlich gewesen zum Schutz der Ansiedler. Malietoas Flagge sei niedergeholt worden, als er gestoßen war.

Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge ist Lanprath Dr. Dippe-Ebbing zum vortragenden Rath im landwirtschaftlichen Ministerium in Aussicht genommen.

Aus der Zeitung New-Yorker hat Langenbreer eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden, durch welche 4 Bergleute getötet, 3 verwundet wurden.

Dem „Hamb. Corresp.“ wird aus Rom gemeldet: Die Anregung zu dem russischen Vorschlag auf Abrüstung der Balkanstaaten ist von hier aus gegangen; ein partielles Resultat wird erwartet. Eine Seemacht wird eventuell Zwangsmafzregeln gegen Griechenland anregen.

Karlsruhe, 14. Januar. Im Landtag wurde hente, einer Meldung der „Kreis-Zeitung“ zufolge, von liberaler und clericaler Seite die Regierung über ihre Stellung zum Brantwein-Monopol befragt.

Paris, 14. Januar. Der Senat hat Leroyer mit 149 von 173 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Paris, 14. Januar. Präsident Grévy spricht in einer Botschaft seinem Dank für seine Wiederwahl aus, durch welche das Land allem Aufsehen nach den Wünschen ausdrücken wollte, die Sicherheit der Regierung zu sichern. Die Republik sei angeföhrt der Spaltung und Domäna ihrer Gegner die notwendige Regierungsform; es liege viel daran, daß die Parteien der Linken sich vereinigen, um ernsthafte Reformen durchzuführen. Die Botschaft constatiert, daß die Regierung der Republik in Europa hohe Achtung genieße; Frankreich habe in den letzten Jahren nicht wenig zur Erhaltung des Friedens in Europa beigetragen. Der Präsident spricht schließlich der Armee und Marine seine volle Anerkennung aus.

Paris, 14. Januar. Der „Nord. Allg. Zeit.“ wird gemeldet: Präsident Grévy hat Decrete unterzeichnet, durch welche alle seit dem Jahre 1870 wegen politischer Delicate Verurtheilten begnadigt werden und bei anderen die Strafen ermäßigt werden.

Paris, 14. Januar. Jules Roche hat einen Brantweinmonopol-Entwurf vorgelegt, in welchem ein Brüngewinn von 800 Millionen ausgerechnet ist.

Paris, 14. Januar. Der Maler Baudry liegt im Sterben.

Die Gambettisten wollen eine Regierungspartei aus der ehemaligen republikanischen und demokratischen Union bilden mit Hinzuziehung der radikal linken und Isolierung der äußersten Linken.

London, 14. Januar. Einer Meldung der „Post“ zufolge saß man in England die Samoafrage ruhig auf.

Madrid, 14. Januar. Berichten aus Saragossa zufolge sind dort mehrere Anhänger Zorrillas, darunter ein Generalrat und zwei Municipalbeamte, verhaftet worden. Auch in Sevilla sollen einige Verhaftungen vorgenommen sein.

Madrid, 14. Januar. Der Putsch in Cartagena ist von Zorrilla angefeindet worden, der an den spanischen Küste gewesen ist und nach dem Wissensc. des Aufschlags nach England zurückkehrte.

Washington, 14. Januar. Im Senat beantragte Ingalls die Annahme einer Resolution, welche dahin geht, die Ausprägung von Silbermünzen fortzusetzen, bis ein Betrag von 500 Millionen geprägter Dollars erreicht ist.

Danzig, 15. Januar.

* [Gegen die Doppelwährungs-Agitationen] circuliert gegenwärtig auch im Danziger Landkreis folgende von Herrn Dr. Hohenstein, dem Vorstand des dortigen landwirtschaftlichen Vereins, angelegte und versiegte Petition zur Unterchrift:

Hohes Reichstag! Eine Anzahl von landwirtschaftlichen Vereinen petitioniert um Einführung der internationalen Doppelwährung. Diese Petitionen veranlassen uns zu einer Kundgebung gegen die Einführung der Doppelwährung in Deutschland.

Von den Gegnern der Goldwährung wird behauptet, daß durch die Aufhebung derselben die Preise steigen und ein wirtschaftlicher Aufschwung eintreten müsse. Das Silber soll nämlich einen Zwangswert erhalten, so daß man für 15½ Pf. Silber ein Pf. Gold eintauschen kann, während heute erst ca. 20 Pf. Silber den Wert von einem Pfunde Gold haben.

Den Beweis für die Vortheile der Doppelwährung versuchen deren Anhänger mit künstlichen Rechenexemplen über die österreichischen, russischen und indischen Handelsverhältnisse zu erbringen, deren Häufigkeit sich daraus ergibt, daß die Productenpreise sowohl in den Ländern mit Goldwährung, als denjenigen mit schlechterer Währung, wie Doppel-, Silber- und Papierwährung, erweisen haben ganz gleichmäßig gefallen sind, ohne Rücksicht auf die Währung jener Länder.

Das Sinken der Preise hat eben ganz andere Gründe und mit der Währung nichts gemein. Der Werth des Silbers ist durch Münzverträge nicht zu bestimmen, er steht unaufhörlich und gerade die letzten beiden Erfahrungen, welche die Statuten des lateinischen Münzbundes machen mußten, sowie die Thatlache, daß in Nordamerika Hunderte von Millionen Silberdollars zinslos und nutzlos im Staatschafe lagern müssen, weil der Verkehr sie nicht aufnimmt, hat bewiesen, daß Deutschland noch zu rechter Zeit die Goldwährung eingeführt hat.

Wenn man in Deutschland den Doppelwährungskontrakt gemacht, gesetzlich gezwungen wäre, für 15½ Pf. Silber ein Pfund Gold herzugeben, trotzdem, wie oben gesagt, heute erst 20 Pf. Silber so teuer sind wie 1 Pf. Gold, dann würde aus Deutschland das Gold verschwinden und Deutschland jenen Ländern des lateinischen Münzbundes, also Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien, Gelegenheit geben, ihr schlechtes Silber an Deutschland abzugeben und bei sich die lang ersehnte Goldwährung einzuführen.

Jene Staaten haben sich jetzt schon gegenseitig verpflichtet, keine silbernen Fünffrankenthaler mehr auszugeben. Die Ausprägung von Gold ist dagegen unbeschränkt gestattet.

Die Geldverschlechterung würde sowohl für den Staat wie für die übergroße Mehrheit sämtlicher Staatsbürger von unberechenbarem Nachtheil sein und in ungünstiger Weise auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken.

Nur ein Beispiel: Wer könnte es unsern Gläubigern verdenken, wenn sie in Unbeträcht des ihnen durch die Geldverschlechterung drohenden Nachtheils jetzt plötzlich den Schuldnern und zumal den Landwirten sämtliche Kapitalien kündigen und sich eine Erhöhung des Zinsfußes oder eine Rückzahlung des Kapitals in Gold abscheiden würden? Eine solche Maßregel würde aber gerade jetzt, wo der Credit der Landwirthe ohnehin sehr gesunken ist, eine große Zahl von Landwirten sehr schwer treffen und Manchen ruinieren. — Wenn aber der Schuldner durch solche Maßregel gezwungen ist, auch nach Einführung der Doppelwährung Kapital und Zinsen in Goldgeld zu bezahlen, wo bleibt dann der von ihm erhoffte Nutzen aus der Einführung der Doppelwährung?

Obgleich wir nicht glauben, daß jemals im deutschen Reiche eine Volksvertretung die wahren Interessen der Bevölkerung so sehr verletzen wird, daß sie ihre Hand zur Einführung der Doppelwährung darbieitet, so wollen wir, bei der wachsenden Beunruhigung unseres Verkehrslebens durch die Angriffe auf unsere Goldwährung, doch nicht unterlassen den Reichstag zu bitten:

allen weiteren bimetallistischen Agitationen durch entchiedene Ablehnung der auf die Einführung der Doppelwährung gerichteten Petitionen die Spitze abzubrechen."

* [Petitionen.] Wie schon aus einer gestriegenen Verleihung hervorgeht, hat sich während der Weihnachtsferien ein reiches Füllhorn von Petitionen beim Reichstage eingefunden. Die meisten derselben betreffen agrarische und zinsflürliche Forderungen. Für Einführung der Doppelwährung petitionieren u. a. die landwirtschaftlichen Vereine zu Neustadt in Westph., Bischwiller, Lessen, Linde (Kr. Flatow), Tuchel, Riesenburg. Ein Verbot des Haushandelns zwischen n. a. die Handwerker-Innungen zu Br. Friedland und Schw., die Schuhmacher-, Schneider- und Schmiede-Innungen zu Schlesien, die Schuhmacher-Innung in Löbau, „die Handwerkermeister“ zu Görlitz, die Innungen zu Stolp und der Innungs-Ausschuß zu Bromberg. Legitimationspflicht für alle gewerblichen Arbeiter verlangen die Innung zu Br. Friedland, die Schuhmacher-Innungen zu Löbau und Tilsit, die Schornsteinfeger in Thorn und verschiedene Handwerkmeister in Bromberg. Dem hinterpommerschen Bouquet agrarischer Forderungen haben sich die landwirtschaftlichen Vereine zu Riesenburg und Bromberg angeschlossen. Für die sozialdemokratischen Arbeiterschaftsanträge ist auch aus Danzig eine mit 390 Unterschriften bedeckte Petition eingegangen. Befestigung resp. Verringerung des Gewerbebetriebes in Strafanstalten verlangen die Schuhmacher-, Tischler-, Schneider- und Schmiede-Innungen zu Schlesien. Für die weitere Rückwärtsrevision der Gewerbe-Ordnung nach dem bekannten Antrag Ackermann sind eingetreten die oben erwähnten Innungen in Schlesien, ferner Innungen in Br. Friedland, verschiedene Handwerker in Schw., die Schuhmacher in Löbau, die Schornsteinfeger in Thorn, die Innungen in Stolp und der Innungs-Ausschuß in Bromberg. Gegen jede Erhöhung der Rittersteuer petitionieren die landwirtschaftlichen Vereine zu Riesenburg, Marienwerder, Neutrebitz, Christburg, Gr. und Kl. Krebs und Langenau (bei Brau). Um Heraufziehung des Zinsfußes des der Kreiscorporation aus dem Reichs-Invalidenfonds gewährten Darlehns hat nachträglich auch der Kreisausschuß zu Darkehmen petitioniert, während der Vorstand des landwirtschaftlichen Centralvereins für den Niederdistrict zu Bromberg dafür zu wirken bat, daß alle Deputationen für das Heimatbezirke zur Abgabe gärfächer Leistungserklärungen über Änderungen des Unterstützungswohlfahrtsgesetzes veranlaßt werden.

* [Brandstiftungs-Untersuchung.] In Betreff des schon gemeldeten Brandstiftung in Stadtgebiet, wo bekanntlich in der Nacht vom 3. zum 4. Januar an mehreren Stellen des Gebäudes Nr. 94/95 Feuer angelegt worden ist, erläßt die hiesige pol. Staatsanwaltschaft jetzt eine Aufrufung zu Mitteilungen, welche geeignet sind, zur Ermittlung des Brandstifters beizutragen.

[Polizeibericht vom 14. Januar.] Verhaftet: ein Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen groben Unfalls, 29 Obdachlose, 1 Bettler, 2 Betrunken, 4 Türen. In Laue vergangener Woche sind arrestit: 38 Bettler, 5 Türen. — Gefangen: 1 Bankenbettgestell, 1 Mulde mit 20 Z. Butter, 1 Portemonnaie, enthaltend 1,80 M. Gefunden: im Pferdebahnwagen 1 Zehnmarkstück; gegen Hinterlohn abzuholen von der Polizei-Direction; auf dem Koblenzmarkt 1 Hausschlüssel, 1 Lotterielos, 1 Gefüdenienschlüssel auf dem Namen Anna Thomas, auf der Hobentorbrücke 1 Schlüssel, auf dem Pfarrhof 1 Hausschlüssel, ges. T. B.; abzuholen von der Polizei-Direction.

Sopot, 14. Januar. Wegen der hier großstrenden Masernkrankheit wurden die hiesigen Schulen hente geschlossen.

** Pr. Stargard, 14. Januar. Auf der am 12. Januar in Stargard, dem Thyrn. v. Paleske gehörig, in den Revieren Neumühl und Bentahl abgehaltenen Dreißigjahr wurden von 10 Schülern 254 Dänen erlegt, welches Reußtat in der Provinz Westpreußen bei ausschließlich Waldtreiben noch nicht erreicht sein dürfte und von rationeller Behandlung der hiesigen Waldschauspieler abgeht.

© Lauenburg, 14. Januar. Ein recht betrübender Vorfall ereignete sich hier gestern in den Nachmittagsstunden zwischen 2—3 Uhr. Der Zubrannen Klostowski geriet mit dem Schmiedemeister Kreuer aus Garzigar wegen eines Zusammenfahrens der Schlitten in Streit, wobei es zu einem Handgemenge gekommen ist, bei welcher Gelegenheit der Kreuer dem Klostowski mit einem Besenstiel einen derartigen Schub über den Kopf versetzte, daß dieser auf der Stelle zusammenbrach und nachts gegen 12 Uhr verstarb. Beide sind etwas ruhige und fleißige Männer bekannt und Familienväter.

a. Königsberg, 14. Jan. Unser Publikum erfreut sich in der geläufigen Künstlerwelt des Russen, daß es ungemein schwer zufriedengestellt werden könne und sich allen neuen Erscheinungen gegenüber bis zu einem gewissen Grade fühl verhälten. Das ist im Allgemeinen richtig, allein wo diesem Publikum etwas Außergewöhn-

liches entgegentritt, da läßt es sich auch in ungewöhnlichem Maße begeistern und karget nicht mit wohlverdientem Beifall. Das hat sich wiederum bei dem ebenen Gespiel des Sängers erwiesen, der unter allen Tenören gegenwärtig den ersten Platz einnimmt: Meyerwald's. Eines solchen Erfolges wie dieser Künstler, dessen erstes Auftreten, wie schon gemeldet, auch nur ein halb befestetes Haus annahm, hat sich wohl kaum einer seiner Vorgänger je rühmen können. So begeisternd wirkte die allerdings phänomenale Stimme auf alle Zuhörer, daß man sich gar nicht füllt hören konnte, und so erfreut war der Künstler durch die ungemein warme Aufnahme und die große Sympathie, welche er hier fand, daß er sich mit Sicherheit dazu bereitmachte.

Wenn man in Deutschland den Doppelwährungskontrakt gemacht, gesetzlich gezwungen wäre, für 15½ Pf. Silber ein Pfund Gold herzugeben, trotzdem, wie oben gesagt, heute erst 20 Pf. Silber so teuer sind wie 1 Pf. Gold, dann würde aus Deutschland das Gold verschwinden und Deutschland jenen Ländern des lateinischen Münzbundes, also Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien, Gelegenheit geben, ihr schlechtes Silber an Deutschland abzugeben und bei sich die lang ersehnte Goldwährung einzuführen.

Jene Staaten haben sich jetzt schon gegenseitig verpflichtet, keine silbernen Fünffrankenthaler mehr auszugeben. Die Ausprägung von Gold ist dagegen unbeschränkt gestattet.

Die Geldverschlechterung würde sowohl für den Staat wie für die übergroße Mehrheit sämtlicher Staatsbürger von unberechenbarem Nachtheil sein und in ungünstiger Weise auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken.

Nur ein Beispiel: Wer könnte es unsern Gläubigern verdenken, wenn sie in Unbeträcht des ihnen durch die Geldverschlechterung drohenden Nachtheils jetzt plötzlich den Schuldnern und zumal den Landwirten sämtliche Kapitalien kündigen und sich eine Erhöhung des Zinsfußes oder eine Rückzahlung des Kapitals in Gold abscheiden würden? Eine solche Maßregel würde aber gerade jetzt, wo der Credit der Landwirthe ohnehin sehr gesunken ist, eine große Zahl von Landwirten sehr schwer treffen und Manchen ruinieren. — Wenn aber der Schuldner durch solche Maßregel gezwungen ist, auch nach Einführung der Doppelwährung Kapital und Zinsen in Goldgeld zu bezahlen, wo bleibt dann der von ihm erhoffte Nutzen aus der Einführung der Doppelwährung?

Jene Staaten haben sich jetzt schon gegenseitig verpflichtet, keine silbernen Fünffrankenthaler mehr auszugeben. Die Ausprägung von Gold ist dagegen unbeschränkt gestattet.

Die Geldverschlechterung würde sowohl für den Staat wie für die übergroße Mehrheit sämtlicher Staatsbürger von unberechenbarem Nachtheil sein und in ungünstiger Weise auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken.

Nur ein Beispiel: Wer könnte es unsern Gläubigern verdenken, wenn sie in Unbeträcht des ihnen durch die Geldverschlechterung drohenden Nachtheils jetzt plötzlich den Schuldnern und zumal den Landwirten sämtliche Kapitalien kündigen und sich eine Erhöhung des Zinsfußes oder eine Rückzahlung des Kapitals in Gold abscheiden würden? Eine solche Maßregel würde aber gerade jetzt, wo der Credit der Landwirthe ohnehin sehr gesunken ist, eine große Zahl von Landwirten sehr schwer treffen und Manchen ruinieren. — Wenn aber der Schuldner durch solche Maßregel gezwungen ist, auch nach Einführung der Doppelwährung Kapital und Zinsen in Goldgeld zu bezahlen, wo bleibt dann der von ihm erhoffte Nutzen aus der Einführung der Doppelwährung?

Jene Staaten haben sich jetzt schon gegenseitig verpflichtet, keine silbernen Fünffrankenthaler mehr auszugeben. Die Ausprägung von Gold ist dagegen unbeschränkt gestattet.

Die Geldverschlechterung würde sowohl für den Staat wie für die übergroße Mehrheit sämtlicher Staatsbürger von unberechenbarem Nachtheil sein und in ungünstiger Weise auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken.

Nur ein Beispiel: Wer könnte es unsern Gläubigern verdenken, wenn sie in Unbeträcht des ihnen durch die Geldverschlechterung drohenden Nachtheils jetzt plötzlich den Schuldnern und zumal den Landwirten sämtliche Kapitalien kündigen und sich eine Erhöhung des Zinsfußes oder eine Rückzahlung des Kapitals in Gold abscheiden würden? Eine solche Maßregel würde aber gerade jetzt, wo der Credit der Landwirthe ohnehin sehr gesunken ist, eine große Zahl von Landwirten sehr schwer treffen und Manchen ruinieren. — Wenn aber der Schuldner durch solche Maßregel gezwungen ist, auch nach Einführung der Doppelwährung Kapital und Zinsen in Goldgeld zu bezahlen, wo bleibt dann der von ihm erhoffte Nutzen aus der Einführung der Doppelwährung?

Jene Staaten haben sich jetzt schon gegenseitig verpflichtet, keine silbernen Fünffrankenthaler mehr auszugeben. Die Ausprägung von Gold ist dagegen unbeschränkt gestattet.

Die Geldverschlechterung würde sowohl für den Staat wie für die übergroße Mehrheit sämtlicher Staatsbürger von unberechenbarem Nachtheil sein und in ungünstiger Weise auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken.

Nur ein Beispiel: Wer könnte es unsern Gläubigern verdenken, wenn sie in Unbeträcht des ihnen durch die Geldverschlechterung drohenden Nachtheils jetzt plötzlich den Schuldnern und zumal den Landwirten sämtliche Kapitalien kündigen und sich eine Erhöhung des Zinsfußes oder eine Rückzahlung des Kapitals in Gold abscheiden würden? Eine solche Maßregel würde aber gerade jetzt, wo der Credit der Landwirthe ohnehin sehr gesunken ist, eine große Zahl von Landwirten sehr schwer treffen und Manchen ruinieren. — Wenn aber der Schuldner durch solche Maßregel gezwungen ist, auch nach Einführung der Doppelwährung Kapital und Zinsen in Goldgeld zu bezahlen, wo bleibt dann der von ihm erhoffte Nutzen aus der Einführung der Doppelwährung?

Jene Staaten haben sich jetzt schon gegenseitig verpflichtet, keine silbernen Fünffrankenthaler mehr auszugeben. Die Ausprägung von Gold ist dagegen unbeschränkt gestattet.

Die Geldverschlechterung würde sowohl für den Staat wie für die übergroße Mehrheit sämtlicher Staatsbürger von unberechenbarem Nachtheil sein und in ungünstiger Weise auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken.

Nur ein Beispiel: Wer könnte es unsern Gläubigern verdenken, wenn sie in Unbeträcht des ihnen durch die Geldverschlechterung drohenden Nachtheils jetzt plötzlich den Schuldnern und zumal den Landwirten sämtliche Kapitalien kündigen und sich eine Erhöhung des Zinsfußes oder eine Rückzahlung des Kapitals in Gold abscheiden würden? Eine solche Maßregel würde aber gerade jetzt, wo der Credit der Landwirthe ohnehin sehr gesunken ist, eine große Zahl von Landwirten sehr schwer treffen und Manchen ruinieren. — Wenn aber der Schuldner durch solche Maßregel gezwungen ist, auch nach Einführung der Doppelwährung Kapital und Zinsen in Goldgeld zu bezahlen, wo bleibt dann der von ihm erhoffte Nutzen aus der Einführung der Doppelwährung?

Herrn Vormittag entschließt sanft nach schwerem Leiden meine liebe Schwester

Bertha Weickmann.

Sie folgte nach wenigen Tagen ihrer Schwester Amelie, mit der ein langes Leben sie intim verbunden.

Silberhammer, d. 14. Jan. 1886.

Jenny v. Ankum,

geb. Weickmann.

Die Beerdigung des Herrn Julius Horne findet bestimmt Freitag, den 15. d. Mts., Nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause aus nach dem alten St. Marien-Kirchhofe (neben dem alten Friedhof) statt.

(5797)

Das Begräbnis von Frau Annete Weickmann findet Sonnabend, den 16. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, auf dem St. Salvator-Kirchhof statt.

(5813)

Bekanntmachung.

Im Laufe dieses Winters sind von den Heckenzäunen auf der Danziger Bahnprovinzial-Chaussee wiederholt Pfähle und Latte gestohlen worden, ohne daß es gelungen ist, die Thäter zu ermitteln. Im Auftrage des Landes-Directors Dr. Wehr führe ich hierdurch denjenigen eine Belohnung zu, welcher den oder die Thäter so zur Anzeige bringt, daß ihre gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Danzig, den 10. Januar 1886.

Der Landes-Bauinspector.

Breda.

Anzeige.
Da seither von vielen unserer Mandanten unsere geschäftliche Tätigkeit nicht nur in den üblichen Bureauarbeiten, sondern auch an Sonn- und Feiertagen in Anspruch genommen werden ist, so sehen wir uns gezwungen, zu erklären, daß fortan unsere Büros nur in den gewohnten Zeiten und zwar Wochentags von 8 bis 1 Uhr Vorm. und von 3 bis 6 Uhr Nachm. geöffnet sind und daß wir außerhalb dieser Zeit, sowie an allen Sonn- und Feiertagen auch persönlich jede geschäftliche Tätigkeit ablehnen werden.

Pr. Stargard, im Januar 1886.

Thurau. Tomaszke
Paszkiet. (5372)

Auction auf dem Heumarkt vor dem Hotel „Zum Stern“. Sonnabend, den 16. Januar cr. Vormittags 11 Uhr, werde ich am angegebenen Orte

Zwei neue russ. Jagdschlitten (Ein- und Zweispänner) im Auftrag gegen sofortige Bezahlung öffentlich meistbietet versteigern.

Sasse, Gerichtsvollzieher, Bureau: Schmiedegasse 27.

Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Soeben erschien:

Freiherr von Mirbach, Sorquitten und die Währungsfrage.

Ein Mahnwort an Deutschlands Landwirthe von C. Wilbrandt zu Pisede, Landwirthe.

Preis 10 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition der „Danziger Zeitung“.

Für Haarleidende erstmals empfohlenes Mittel, wie Apotheker Dr. Dindel's vegetabilischer Haarbalsam. Der selbe befördert in ungeahnter Weise, den Haarswuchs, reinigt die Kopfhaut, befreit die so lästigen Schuppen und gibt dem ergrauten Haare in 10—14 Tagen seine ursprüngliche Farbe zurück. Für den Erfolg garantire. Pro Flasche mit Gebrauchs- aufweisung versendet zu 2 M. 60 S. franco gegen Nachnahme oder nach Einwendung des Vertrages Apotheker Dunckel, Köthenbruda. (4832)

Seit 11 Jahren bewährt.

Gegen Husten 40 S. Wucherer's 40 S. Gummi-Brust-Bonbons

begutachtet vom Seugn. Hofrathe Dr. Rudolf v. Wagner, o. ö. Professor a. d. Universität Würzburg.

Zu haben bei den Herren Apothekern Hermann Liezen, Apotheke zur Altstadt, in der Rathaus-Apotheke, Langenmarkt Nr. 39, Edmund Schedler, Langgasse 73; Albert Neumann, Langenmarkt, Drogen-Handlung, S. Brügel, Königl. Apotheke.

(5747)

Java-Coffee

grün, voll, feinschmeidend . . . M. 8.10
gelb, großblumig, hochfein . . . " 10.—
blau, edel, eprafein, kräftig . . . " 10.45
braun, schwefel und edel . . . " 11.90
incl. Zoll, Porto u. Emb. verarbeitet in Probe-Packete zu 9/12 Pfld. per Nachr.

Wilhelm Otto Meyer, Bremen
Hof-Lieferant. Ballenweise erheblich billiger.

Beste englische Marmu-Röhren, ab Lager oder franco Haus offerirt billig

Th. Barg, Hohenstrasse 35, Hundegasse 36.

Arnold, hinter Lazarus 5, gerichtl. vereid. Kreis-Taxator, Sachverständiger, Taxator f. d. Westpr. Feuer-Feuer-Societät u. Verbrauern, beforgt Capitalien a 4—5 Proc. incl. Anwartschaft, Feuer- u. Hagelversicherungen, Erb-Regalurungen, gerichtl. Gutachten und Tarijuren.

150 Briefmarken für 1 Mk. alle garantirt echt, alte verschieden, z. B. Canada, Cap, Indien, Chili, Java, Braunschweig, Australien, Sardin, Rumänien, Span, Viet, etc. R. Wiering in Hamburg.

Ausserordentliche General-Versammlung der Actionäre der Danziger Schiffahrts-Aktien-Gesellschaft.

Die Aktionäre der Danziger Schiffahrts-Aktien-Gesellschaft werden beaufsichtigt und Beschlussfassung über Änderungen des Statuts, sowie eventuell beaufsichtigt Wahl eines Aufsichtsraths, zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf den zehnten Februar d. J. 5 Uhr Nachmittags, in dem unteren Zimmer der Ressource „Concordia“, Langenmarkt 15, hiermit unter Verweisung auf Artikel 31 des Statuts eingeladen, wonach zu dem Beschlusse, betreffend die Änderungen des Statuts eine Majorität erforderlich ist, welche die Hälfte des emittierten Aktien-Capitals repräsentirt. Exemplare der Anträge sind bei dem Rheder-Direktor Alex. Gibone erhältlich. Die Aktionäre werden hiermit erachtet, bis zum 10. Februar cr. Nachmittags 3 Uhr, ihre Aktien, mit einem doppelten Verzeichnisse derselben versehen, im Comtoir des Rheder-Direktors Alex. Gibone, Hundegasse 52, einzureichen und dagegen die mit dem Vermehr der Stimmenanzahl verliehenen Legitimationsschriften zur Theilnahme an den Verhandlungen in Empfang zu nehmen. (5762)

Danzig, den 13. Januar 1886.

Der Vorstand der Danziger Schiffahrts-Aktien-Gesellschaft.

Geo. Mix. Robert Otto. Emil Berenz.
Otto Braunschweig. Otto Münsterberg.

Hannoversche Lebensversicherungs-Anstalt in Hannover, gegründet 1829.

Aus dem 54. Jahresberichte unserer Anstalt über das Rechnungsjahr vom 1. Juni 1884/85 geben wir hierdurch den folgenden Auszug:

Versicherungsbestand 14 565 Personen mit 39 532 151 M. Vers.-Capital; 928 Güter-Versicherungen mit 1 305 425 M. Jahresentnahmen 1 498 702,35 M. Jahresausgabe 1 235 949,65 M. Activa 5 039 935,25 M.

Angesichts der vorstehenden günstigen Resultate empfehlen wir unsere Anstalt allen Versicherungsbürgern angeleghentlich.

Weitere Anuskunft über die Verwaltung der Anstalt giebt der Rechenschaftsbericht, der bei der Direction und sämtlichen Vertretern gratis verabschiedet wird.

Hannover, im October 1885.

Die Direction.

Wittstein. Hugo Klapproth.

Gleichzeitig bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß wir die bisher von Herrn Georg Jonas in Danzig vermittelte General-Agentur in Folge freundlichen Uebereinkommens dem Herrn Alois Wensky ebensofort übertragen haben

Breslau, den 15. Januar 1886.

Die Subdirection Breslau.

M. Wehlau.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige empfiehlt sich zur Entgegnahme von Versicherungsanträgen und ist zur Entgegnahme jeder desfallsigen Anuskunft gern bereit

Die General-Agentur Danzig.

Alois Wensky,

Heilige Geistgasse Nr. 93, 2. Saal-Etage.

Leistungsfähige Vertreter finden Anstellung unter vortheilhaftesten Bedingungen. (5800)

Nachdem Herr Georg Jonas in Danzig in Folge gütlichen Uebereinkommens die Verwaltung unserer General-Agentur niedergelegt hat, haben wir nunmehr den Herrn

Alois Wensky in Danzig.

Heilige Geistgasse 93,

die General-Agentur für Westpreußen übertragen.

Breslau, den 15. Januar 1886.

Schweizerische Unfall-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Winterthur.

Der General-Bevollmächtigte

M. Wehlau.

Bezugnehmend auf obige Mittheilung halte ich mich zum Abschluß von Versicherungen gegen Unfälle aller Art zu billigen und festen Prämien bestes empfohlen.

Alois Wensky,

Danzig, Heilige Geistgasse 93.

NB. An noch unbekannten Plänen werden Agenturen unter günstigen Bedingungen errichtet.

General-Agentur Danzig

(5570)

Bertling & Uhsadel, Bureau: Brodbankengasse 50.

Gladbacher Feuer-Versicherungs-Gesellschaft

in Stettin,

vgl. durch Allerh. Cabinetsordre vom 30. October 1871 gelebt unter den konstantesten Bedingungen zum zeitgemäßen Zinsfuß, grösste, wie ländliche Grundstücke, grösseren Grundbesitz auch hinter der Landesfahrt.

General-Agentur Danzig

(5570)

Gladbacher Feuer-Versicherungs-Gesellschaft mit einem Grunde-capital von 9 Millionen M.

Zur Aufnahme von Versicherungs-Anträgen gegen Feuergefahr für Gebäude, Mobiliar, Einschnitt und Waaren aller Art zu festen, billigen Prämien empfiehlt sich der Unterzeichnete.

Anträge und Prospekte verabschiedet gratis

M. Jul. Schultz,

General-Agent,

Comtoir: Hellerau-Strasse No. 77

5811

Zwanzigste Ziehung.

Kölner Dombau-Lotterie

zur Freilegung des Kölner Domes.

Bziehung am 25. u. 26. Februar 1886.

Haupt-Geld-Gewinne:

75 000 M., 30 000 M., 15 000 M., ferner 2 à 6000 M., 5 à 3000 M., 12 à 1500 M., 50 à 600 M., 100 à 300 M. und noch 1200 Geldgewinne mit zusammen 90 000 M.; außerdem noch Kunstwerke im Werthe von 60 000 M.

Loose à 3 M. 50 Pf. in der Expedition der Danziger Zeitung.

Die Kunststein-Fabrik

von E. R. Krüger,

Amt. Graben 7—10,

empfiehlt Treppeisen,

Röhren zu Wasserleitungen

in allen Dimensionen,

Brunnen-Steine,

Stufen- und Treppen-

Steine, sowie

Schweine-Tröge, sowie

Büsten u. Garten-Figuren.

Nicht vorhandene Gegenstände werden auf Bestellung angefertigt. (5748)



Die Wagen-Fabrik von C. F. Roell, Danzig,

Fleischergasse Nr. 7.

Liefert an der Kaiserl. Post seit 1854, empfiehlt Lngnd.-Wagen aller Art, fertigt unter Garantie, Geschäfts- und Paktwagen, Generwehrwagen, Strafenwagen, Befehls- und Dienstwagen, Wagenhölle, Reparaturen, feinte Ladungen.



Eichen-Verkauf.

150 Stück gefundene Runddecken mittelstark, 10—18 Zoll im Bogen liegen zum Verkauf in Bierenberg Poststation, Telefon, Ostpreußen. Die Lieferung wird franco Hafen Fischhausen besorgt. (5751)

W. Kroock.

Eine größere Briefmarkensammlung ist billig zu verkaufen. Adressen u. 500 in der Exped. d. Btg. erb.

18 000 M. 2. sicher Stelle, gleich nach 50 000 M. Gothaer Bank, auf ein vorzügliches Werdergrundstück geführt. Grundsteuer-Reinertrag 760 Thlr. Ges. Offerten u. 5792 i. d. Exped. d. Btg. erb.

Stellen - Suchende jeder Branche placirt Langguth's Allg. Stellenanzeiger, Görlingen a. N. (5552)

Dom. Kelhan pr. Brixig Westpr. sucht zu Marien d. J. einen verheiratheten Gärtner und einen Wirtschaftsleiter.

Eine größere, sehr leistungsfähige Eisengiesserei, Maschinenbau-Anstalt und Kesselschmiede in Schlesien sucht gegen lohnende Provision technisch gebildete

Bertreter.

Offeraten unter F. 28 an Rudolf Wosse, Breslau.

Sch. sucht zum 1. April d. J. einen jungen anständigen Mann als Inspector. Gehalt 180 M. und freie Station. Zu melden beim Administrator G. Schulz in Brusdau bei Brixig Westpr.

Bertreter gesucht.

Eine sehr leistungsfähige Berliner Fabrik sucht für den Verkauf ihrer technischen Gummiartikel für Danzig und Umgegend einen tüchtigen Vertreter unter vortheilhaftesten Bedingungen. Geeignete Bewerber, die auf technischem Gebiete erfahren sind und ausgedehnte Bekanntschaften besitzen, belieben ihre Offeraten sub D. 774 bei G. L. Danke und Co, Berlin W. einzureichen.